

SÜDKURIER Medienhaus -

URL:

<http://www.suedkurier.de/news/baden-wuerttemberg/baden-wuerttemberg/Studenten-wollen-mitreden;art417921,4755536,0>

Studenten wollen mitreden

03.03.2011 00:00

Studenten wollen mitreden

Die Studierenden an den Universitäten im Land fordern ein stärkeres Mitbestimmungsrecht. Wie stark es sein soll, hängt aber von der politischen Ausrichtung der jeweiligen Studierenden-Vertretungen ab.

Konstanz – Ein Rauschen geht dieser Tage durch den baden-württembergischen Blätterwald. Ein lange tot geglaubtes Thema erfährt eine Wiederbelebung im Vorfeld der Landtagswahl – die Reform der studentischen Mitbestimmung an den Universitäten und Hochschulen im Ländle. Die Studierenden-Vertretungen, die sich landesweit auf der Landes-Asten-Konferenz organisiert haben, fordern und hoffen auf die Wiedereinführung der so genannten „Verfassten Studierendenschaft“ (VS), die ihnen eine gesetzlich verbriefte Rechtsfähigkeit, Finanzautonomie sowie unter Umständen ein allgemeinpoltisches Mandat garantiert.

1977 wurde die VS unter CDU-Ministerpräsident Filbinger aus dem Landeshochschulgesetz gestrichen. Diese Maßnahme schränkte die Handlungsfähigkeit der Studierendenvertretungen massiv ein. Sie sind seitdem nur noch ein Untergremium der Universitätssenate und auf das Wohlwollen des Rektorats und einer professoralen Mehrheit angewiesen. Zuständig sind die Asten offiziell auch nur noch für kulturelle, musische und sportliche Angelegenheiten, dürfen sich zu weitergehenden Themen deshalb nicht äußern und können keine finanziellen Beiträge von der Studentenschaft erheben. Aus diesem Grund existieren an vielen Hochschulen im Lande so genannte Unabhängige Asten (U-Asten), welche die Arbeit der offiziell gewählten, aber de facto kaum handlungsfähigen Asten übernehmen. Dieses System mit all seinen Gremien und Entscheidungsstrukturen steht jedoch auf keinerlei gesetzlicher und rechtlicher Grundlage und besitzt nur Duldungsstatus.

Bisher war die schwarz-gelbe Landesregierung jedoch nicht für eine Reform dieses Zustands zu gewinnen. Doch der politische Druck auf die Verantwortlichen ist gestiegen. Spätestens seit Einführung der Studiengebühren fordern auch Vertreter des RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) und der Liberalen Hochschulgruppen eine Reform der Mitbestimmung. Sie lehnen jedoch, genau wie die Landesregierung, die VS ab. „Ein allgemeinpoltisches Mandat und eine Zwangsmitgliedschaft aller Studierenden in einer VS lehnen wir ab, wir haben uns hingegen aktiv über die Landesregierung für eine Reform der bestehenden, untragbaren Verhältnisse und mehr Mitbestimmung eingesetzt“, sagt Romen Link, Landesvorsitzender des RCDS und Doktorand an der Uni Konstanz. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die Hochschulgruppierungen der regierenden Parteien von den meist eher links gerichteten Asten, die auf die Wiedereinführung der VS pochen, wie sie in allen Bundesländern außer Bayern und Baden-Württemberg existiert. Um dieses Ziel zu erreichen, müsste jedoch ein Regierungswechsel her.

Wissenschaftsminister Frankenberg von der CDU hat jüngst auf die Unzufriedenheit der Studenten reagiert und in seinem Ministerium ein Memorandum zur Reform der studentischen Mitbestimmung erarbeitet. Dieses wird jedoch sowohl von den Landes-Asten als auch von der Landesrektorenkonferenz

abgelehnt. Eine VS ist darin nicht vorgesehen, die Studentenvertretung soll aber über eine Art Studierendenparlament eine neue Struktur mit mehr Mitspracherechten bekommen. Eine Finanzautonomie sowie ein allgemeinpolitisches Mandat hingegen lehnt Frankenberg ab. Die Rektoren, durchaus offen für mehr Mitbestimmung, fühlen sich bei der Ausarbeitung des Memos übergangen und halten es für unpraktikabel und rechtlich bedenklich. Kim Schuchhardt, Mitglied des U-Asta und Senats der Uni Konstanz, geht das Memo nicht weit genug: „Den Studierenden ein Modell von Oben aufzuzwingen, ist nicht der richtige Weg. Über eine Satzungsfreiheit, wie sie die VS vorsieht, könnten die Studierenden sich selber eine Geschäftsordnung geben, die ihren Bedürfnissen entspricht. Das ist demokratischer und näher an der Sache.“

Benjamin Burgard

Copyright © 2009 SÜDKURIER Medienhaus - Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigung durch unberechtigte Dritte nur mit schriftlicher Genehmigung durch das SÜDKURIER Medienhaus.